

Wulff begrüßt Rechtschreibänderung bei "Spiegel" und Springer

Während der niedersächsische Ministerpräsident auf die komplette Rücknahme der Rechtschreibreform hofft, zeigt die Kultusministerpräsidentin kein Verständnis für den Kurswechsel

Hannover/Berlin - Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat die von der Axel Springer AG und dem Spiegel-Verlag beschlossene Rückkehr zur alten Rechtschreibung "außerordentlich begrüßt". "Der Ministerpräsident sieht das als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Korrektur dieser total gescheiterten Rechtschreibreform", sagte ein Sprecher der niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover. Wulff sehe sich jetzt in seinem Ziel gestärkt, die "komplette Rücknahme" der Rechtschreibreform auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober durchsetzen zu können.

Wulff hatte im Juni die politische Debatte um eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung neu entfacht. Nach der bisherigen Planung sollen die umstrittenen neuen Regeln ab August 2005 an allen Schulen und Universitäten verbindlich gelten.

Kurswechsel von Springer-Verlag und "Spiegel" bei der Rechtschreibung "kein Verständnis". Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa sagte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin: "Wenn in der Debatte um die Rechtschreibreform laufend von Chaos und Verunsicherung die Rede ist, erlaube ich mir die Frage: Wer verunsichert hier eigentlich die Menschen?"

Die Entscheidung der beiden Verlage zeige keinen Weg auf, wie mit den widerstrebenden Interessen in der Reformdebatte umzugehen sei "und wie sich Sprache künftig weiter entwickeln soll". Sprache und Schreibweisen müßten für alle erlernbar sein, sagte Ahnen. Die Schulen entließen Jahr für Jahr über 800.000 junge Menschen in den Arbeitsmarkt. Deshalb sei ein einheitliches Regelwerk "legitimer Anspruch". Und diese Regeln seien mit der Rechtschreibreform im Sinne der Anwender vereinfacht worden.

Ahnen sagte: "Wir brauchen auch ein einheitliches Regelwerk für den gesamten deutschen Sprachraum." Dazu gehörten auch die Länder Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Eindinglich warnte die KMK-Präsidentin davor, jetzt eine "rein innerdeutsche Debatte zu führen".

An dem Reformprozeß der deutschen Rechtschreibung seien "über viele Jahre viele Menschen beteiligt gewesen". Dazu gehörten von Anfang an auch die Verlegerverbände, sagte die KMK-Präsidentin weiter. Es sei deren Aufgabe gewesen, die Auffassungen und Interessen der Verlage dort einzubringen. Umso verwunderlicher sei das jetzige Vorgehen der beiden großen Verlage. *WELT.de/AFP/dpa*

Artikel erschienen in WELT online am 6. August 2004